

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Themen in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über die Änderungen am Griechenland II-Programm, über das Gesetz zur Verbesserung der Rechte der Patienten und über das Elfte Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Griechenland II-Programm](#)
2. [Verbesserung der Rechte der Patienten](#)
3. [Bundes-Immissionsschutzgesetz](#)
4. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)





1. Griechenland II-Programm

Die vorletzte Sitzungswoche im Jahre 2012 stand hauptsächlich unter dem Zeichen der Änderungen des Griechenland II-Programms. Nach intensiven Beratungen der Eurogruppe ist die Anpassung des Griechenland II-Programms entscheidungsreif. Griechenland hat laut aktuellem Troika-Bericht die für die Auszahlung der nächsten Tranche erforderlichen politischen Beschlüsse gefaßt. Aufgrund zweifacher Neuwahlen ist Griechenland aber in Reformverzug geraten. Zudem kommt die Haushaltssanierung wegen der konjunkturellen Entwicklung, die noch schlechter verläuft als erwartet, nicht so schnell voran wie geplant. Es kann deshalb nicht mehr damit gerechnet werden, daß die Schuldentragfähigkeit unter den aktuellen Bedingungen bis 2020 wieder hergestellt sein wird. Die Eurogruppe hat aufgrund der veränderten Ausgangslage eine Lösung erarbeitet, um das Griechenland II-Programm den veränderten Realitäten anzupassen. Der Bundestag stimmte diesen Lösungsvorschlägen zu, so daß Deutschland die vorgeschlagene Lösung, über die am 13. Dezember 2012 ein formaler Beschluss auf europäischer Ebene gefaßt werden soll, mittragen wird. Im Rahmen der vorgeschlagenen Anpassungen soll die Zinsmenge der Helferländer um einen Prozentpunkt auf 0,5% reduziert werden. Die griechische Bürgschaftsprovision für EFSF-Darlehen soll um einen zehntel Prozentpunkt reduziert werden. Die EFSF-Darlehen an Griechenland werden um 15 Jahre auf 30 Jahre verlängert, die Zinszahlungen wiederum werden um zehn Jahre gestundet. Die griechische Notenbank führt ein Sonderkonto für den Schuldendienst, auf das die nationalen Zentralbankgewinne ab 2013 ihre Erträge aus dem EZB-Staatschuldenrückkaufprogramm einzahlen. Durch diese Lösungsvorschläge kann Griechenland mit dem neuen Finanzierungsspielraum alte Staatschuldenpapiere zu einem günstigeren Betrag zurückkaufen als bei Fälligkeit zu zahlen wäre, wodurch die Schuldenquote in großen Schritten gemindert wird. Für den deutschen Steuerzahler bedeutet dies, daß die Einnahmen aus KfW- und Bundesbankgewinnen geringer ausfallen.

2. Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patienten

In zweiter und dritter Lesung wurde in dieser Sitzungswoche das Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten verabschiedet. Die Rechte von Patienten werden dadurch erstmals kodifiziert und aus dem Richterrecht in eine eindeutige und transparente gesetzliche Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch und im Sozialgesetzbuch überführt. Diese Neuregelung dient Patienten und Ärzten beziehungsweise Angehörigen weiterer Pflegeberufe gleichermaßen. So können Patienten sich bei Behandlungsfehlern für die Wahrnehmung ihrer Rechte auf eine klare Rechtsgrundlage stützen. Ärzte und Pflegepersonal wiederum erhalten Rechtssicherheit im Versorgungsprozeß.



3. Elfte Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung wurde das Elfte Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes verabschiedet. Durch dieses Änderungsgesetz wird die Anwendung des sogenannten „Schienenbonus“ für Schienenwege geändert, deren Planfeststellungsverfahren nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes und des dazu gehörigen Bedarfsplans eröffnet werden. Es ist ein europaweites System lärmabhängiger Trassenpreise vorgesehen, durch das mehr Investitionen in Lärmschutzmaßnahmen bewirkt werden sollen. Ziel dieser Maßnahmen ist eine Verstärkung des Schienennetzes unter dem Gesichtspunkt von mehr Lärmschutz. Hierbei sollen innovative Technologien zur Anwendung kommen, wie sie bereits bei den Lärmschutzmaßnahmen entlang der Riedbahnstrecke in Mannheim-Neustheim erprobt worden sind.

4. Relevantes aus Mannheim und der Region

Die CDU Mannheim hat mich mit 91,8 % zum Kandidaten für die kommende Bundestagswahl nominiert. Ich danke für das große Vertrauen in meine Person. Ich verspreche Ihnen, daß ich alles daran setze werde, daß wir als CDU/CSU auch im nächsten Bundestag die führende, die stärkste Kraft bleiben und niemand gegen uns eine Regierung bilden kann. Hierfür will ich meinen Beitrag leisten. Ich will mit Ihnen für unsere gemeinsame Sache kämpfen, für unsere gemeinsame Politik, für unser Mannheim und für unser Land. Mein Ziel ist es, das Direktmandat in Mannheim zu gewinnen!

Bund unterstützt Erstberatungsstelle in der Modellregion Rhein-Neckar

Sehr erfreut bin ich über die Nachricht aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, daß das Projekt „Erstberatungsstelle in der Modellregion Rhein-Neckar für *unternehmensWert:Mensch*“ des Verbands Region Rhein-Neckar eine Zuwendung in Höhe von 80.000 Euro durch den Bund erhalten wird. Dies teilte mir der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ralf Brauksiepe MdB, in einem Schreiben mit. UnternehmensWert: Mensch ist ein Förderprogramm des Europäischen Sozialfonds, durch das kleine und mittlere Unternehmen administrativ begleitet werden sollen. Die Erstberatungsstelle berät diese Unternehmen, wobei sie sich an den vier Handlungsfeldern „Personalführung“, „Gesundheit“, „Chancengleichheit und Diversity“ und „Wissen und Kompetenz“ ausrichtet. Am Ende der Beratung sollte die Erstellung eines Beratungsschecks stehen. Zu den weiteren Aufgaben der Erstberatungsstelle werden Aufbau und Pflege des Fachberaterpools für das Programm UnternehmensWert: Mensch ebenso gehören wie Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerkarbeit.

Viele kleine und mittelständische Unternehmen sind auf administrative Hilfe von außen dringend angewiesen. Meine Hoffnung ist, daß es der Erstberatungsstelle gelingt, die häufig bestehende Hemmschwelle, Beratungshilfe in Anspruch zu nehmen, abzubauen. Daher empfehle ich allen kleinen und mittelständischen Unternehmern, das Angebot der Erstberatungsstelle bei Bedarf in Anspruch zu nehmen.

CDU-Stadträte bei RheinChemie

Gemeinsam mit den Stadträten Marianne Seitz, Bernd Kupfer und Konrad Schlichter besuchte ich das Mannheimer Unternehmen RheinChemie. Der Geschäftsführer des 1889 gegründeten Unternehmens, Dr. Anno Borkowsky, gab uns einen Überblick über die Produktionsstätte auf der Rheinau. Die RheinChemie GmbH ist eine hundertprozentige Tochter des Spezialchemie-Konzerns LANXESS und beschäftigt weltweit rund 1.100 Mitarbeiter. Mit ihrem Hauptsitz in Mannheim entwickelt, produziert und vertreibt RheinChemie Additive, Spezialchemikalien und Serviceprodukte für Kautschuk-, Schmierstoff- und Kunststoffindustrie. RheinChemie setzt sich besonders für den Umweltschutz ein. Erst vor wenigen Wochen erhielt RheinChemie den ersten Preis des diesjährigen Responsible-Care-Wettbewerbs des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. für ein speziell entwickeltes Verfahren zur Rückgewinnung des Rohstoffs Phenol aus Abwassergemischen. Bei der Produktion eines Spezialadditivs, das für die Herstellung von bestimmten hochwertigen Kunststoffen zum Einsatz kommt, fallen verfahrensbedingt Abwassergemische an, die eine große Menge Phenol enthalten. Meine Stadtratskollegen und ich lobten den Fokus des Unternehmens auf Sicherheit und umweltverträgliche Herstellung von chemischen Produkten. Wieder einmal zeichnet sich ein Mannheimer Unternehmen durch innovative Ideen aus. Mit diesem Verfahren wird nicht nur die Umwelt geschützt, sondern auch der Wirtschaftsstandort Mannheim gesichert.



Bild: Die Mannheimer Stadträte Egon Jüttner, Konrad Schlichter, Marianne Seitz und Bernd Kupfer mit dem Vorstand der RheinChemie



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de